

- 2 -

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 46. Sitzung des Bundesrates vom 21. Juni 1957

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr.h.c. Streuli

Abwesend: Hr. Etter (dienstlich)

Schriftführer: HH. Oser und Weber

Protokolle: keine

Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 40

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Kleine Anfrage Doswald

Es wird beschlossen - im Hinblick auf die Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes der UNO-Kommission über Ungarn - die Antwort erst im Monat September bekannt zu geben. Der Vizekanzler wird beauftragt, zusammen mit dem EPD, die Uebereinstimmung zwischen dem deutschen und französischen Text herzustellen.

Verhältnis OECE Europarat; holländisches aide-mémoire

Hr. Holenstein: Das EVD hat im Mitberichtsverfahren zugestimmt, hauptsächlich weil es mit der Antwort auf das aide-mémoire einverstanden war. Herr Holenstein hat aber nun doch zu Absatz IV der Begründung und Ziffer 1 des Beschlusses gewisse Vorbehalte zu machen. Was unter Absatz IV steht, darf nicht ohne weiteres als Stellungnahme des Bundesrates gewertet werden und nicht als Instruktion gelten. Da hätte der Vorsteher des EVD Bedenken, vor allem wegen der Stellungnahme zur Frage einer Versammlung, die eine Art parlamentarische Kontrolle über die OECE und die Freihandelszone ausüben würde. Selbst wenn diese Versammlung rein konsultativen Charakter hätte und es sich nicht um eine erweiterte "Assemblée consultative" des Europarates handeln würde, sollte man sich heute noch nicht so festlegen. Der Herr Bundespräsident hat die gleichen Bedenken, was Herrn Petitpierre veranlasst, sich damit einverstanden zu erklären, dass Ziffer 1 geändert wird und wie folgt lauten soll: "1. Von den obigen Ausführungen wird Kenntnis genommen." ("zustimmend" und "Kapitel IV gilt als Instruktion für das weitere Vorgehen" sind gestrichen worden). Am Protokoll wird Vormerkung davon genommen, dass, im Hinblick auf die angebrachten Vorbehalte, die Mitglieder des Bundesrates die volle Entscheidungsfreiheit über die im Abschnitt IV aufgeworfenen Fragen behalten bis zum Zeitpunkt, wo ihnen kon-



krete Anträge zur Beschlussfassung vorgelegt werden. / Der Herr Bundespräsident wäre dafür, dass der Bundesrat in einer Sitzung, an der alle Mitglieder anwesend sind, versuchen würde, zu einer Konzeption über diese Probleme zu kommen, während Herr Holenstein die Meinung vertritt, dass man erst schauen sollte, wohin die Entwicklung geht, da man heute gewissermassen im leeren Raume diskutieren müsste.

Zur Antwort auf das aide-mémoire hat das FZD in einem Mitbericht Stellung genommen. Herr Petitpierre erklärt sich mit der Anregung 2, die rein redaktioneller Natur ist, einverstanden. Dagegen lehnt er die Anregungen 1 und 3 ab. Nachdem der Herr Bundespräsident nicht auf diesen Aenderungen beharrt, wird der Text des EPD mit der erwähnten redaktionellen Aenderung angenommen.

Departement des Innern

Generalversammlung des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft, schweiz. Delegierter

Das Geschäft wird verschoben, um Herrn Holenstein noch Gelegenheit zu geben zur Fühlungnahme mit Herrn Etter, wegen einer allfälligen Vertretung der Abteilung für Landwirtschaft, sofern diese am Kongress auch interessiert sein sollte. Der Herr Bundespräsident weist allerdings darauf hin, dass dies wahrscheinlich nicht der Fall sei, weil es sich um forstwirtschaftliche Fragen handle.

Militärdepartement

Aenderung der Dienstordnung

Herr Chaudet fragt sich, ob es sich nicht im Hinblick auf einen in der "Tat" erschienenen Artikel empfehle, im Communiqué festzustellen, dass die Zentralstelle für Organisationsfragen konsultiert worden sei. Der Herr Bundespräsident rät davon ab. Man soll der Sache nicht durch eine Pressemitteilung noch mehr Gewicht geben. Wichtig ist es, dass das EMD, wie das in Aussicht genommen ist, abklärt, von wem die "Tat" informiert worden ist.

Ter.Kp. und Ortswehren. Rückzug der Vorlage

Das Geschäft wird verschoben, damit die Unsicherheit, die sich in der Diskussion gezeigt hat über die Zweckmässigkeit und Rechtmässigkeit des beantragten Vorgehens, beseitigt werden kann. Das EMD und das JPD zusammen mit der BK sollen die ganze Frage nochmals vom rechtlichen Standpunkt aus prüfen. Es soll abgeklärt werden; ob der Bundesrat ein Geschäft, das von den eidgenössischen Räten beraten wurde, zurückziehen kann; ob er Antrag stellen kann, die eidgenössischen Räte sollen auf die Schlussabstimmung verzichten; welches die Fragen eines solchen Beschlusses sein würden und ob eventuell die eidgenössischen Räte das Geschäft vor der Schlussabstimmung an den Bundesrat zurückweisen können. Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass man sich entscheiden sollte, auf den September eine neue reduzierte Vorlage zu bringen, die nur Dienstleistungen im Jahre 1958 vorsehen würde. Herr Chaudet will das Für und Wider erst durch die LVK abklären lassen. Es wäre

vielleicht nicht opportun, wenn diese alten Herren aufgeboten würden, wenn gerade eine Entspannung der Lage eingetreten sein sollte oder die Frage der Reorganisation der Armee in Diskussion stünde. Der Herr Bundespräsident, der diese Befürchtungen nicht teilt, möchte doch anregen, dass das EMD auch diese Frage noch prüft.

Justiz- und Polizeidepartement

Zivilschutz. Vorentwurf zu einem BB über die vorläufige Ordnung
Herr Feldmann betont, dass es sich heute nur darum handle, das JPD zu ermächtigen, ohne den endgültigen Entscheid des Bundesrates zu präjudizieren, den Entwurf als Departementsentwurf den Kantonen vorzulegen. Er ersucht um die Ermächtigung, den Entwurf, wenn dies verlangt wird, auch der Presse neben der Pressemitteilung zur Verfügung zu stellen.

Die Anträge im Mitbericht des FZD lehnt er der Reihe nach ab und hält an den eigenen Anträgen fest. Im Hinblick darauf, dass es sich nur um einen Vorentwurf handelt, hält aber ^{der} Herr Bundespräsident nicht an seinen Anträgen fest, behält sich aber vor, auf diese Fragen zurückzukommen, wenn sich der Bundesrat endgültig über die Vorlage auszusprechen haben wird. Als einzige Aenderung werden in Artikel 12, Absatz 5 die Worte "in gleichem Rahmen" im Einverständnis mit Herrn Feldmann gestrichen. Die Vorlage ist in dem Sinne verabschiedet, dass es Herrn Feldmann überlassen bleibt, nach nochmaliger Ueberprüfung, die Aenderungen vorzunehmen, die ihm angezeigt erscheinen. U.a. soll abgeklärt werden, ob die Begriffe Gemeinde, Ortschaften und Siedlungen richtig angewendet worden sind, ebenso die Ausdrücke "bürgerliche" und "militärische Behörden".

U m f r a g e

Hr. H o l e n s t e i n

Sozialer Wohnungsbau und Baufinanzierung in Genf

Herr Holenstein gibt bekannt, dass das EVD in der Frage des sozialen Wohnungsbaues mit dem FZD zu einer grundsätzlichen Verständigung gekommen ist und dass der Rat nächste Woche den bereinigten Antrag erhalten wird.

Im weiteren gibt er Kenntnis von einem Begehren des Kantons Genf, ein Bundesdarlehen von 100 Millionen Franken zu erhalten für den Bau von Wohnungen mit mässigen Mietzinsen und ein solches von 20 Millionen Franken für besondere Fälle des sozialen Wohnungsbaues. Die Beanstandung in der letzten Eingabe ("man habe nichts mehr vom Bunde gehört") entspreche den Tatsachen nicht, da in letzter Zeit Kontakte zwischen Beamten des Bundes und Vertretern der Genfer Regierung über diese Frage stattgefunden hätten. Das FZD sollte seine Stellungnahme zu diesem Darlehensgesuch vorbereiten und die Genfer Delegation empfangen. Herr Holenstein hat dem FZD in diesem Sinne gestern geschrieben. Der Herr Bundespräsident hat von diesen Ausführungen Kenntnis genommen.

Hr. PetitpierreKorea. Neue Waffen für die UNO Streitkräfte.

Unser Botschafter in Washington teilt mit, dass die Amerikaner beschlossen haben, neue Waffen in Korea einzuführen, und dass sie dies begründen mit der Verletzung von Art. 13 des Waffenstillstandsvertrages durch den militärischen Aufbau Nordkoreas. Diesen Beschluss wird heute an der Sitzung der Waffenstillstandskommission dem kommunistischen Kommando mitgeteilt. Herr Petitpierre stellt fest, dass es sich hier um eine neue Tatsache handelt, die uns zu einer Stellungnahme veranlassen dürfte. Er möchte aber die Mitteilungen über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission abwarten, bevor er dem Bundesrat Anträge stellt.

Hr. LeporiAbmeldung für Gruyère

Mit Rücksicht auf die Trauerfeier für die mit dem Schulungsflugzeug DC-3 der Swissair Verunglückten muss sich Herr Lepori von der Teilnahme am Diplomatenempfang in Gruyère abmelden. Herr Chaudet wird während einiger Zeit, trotz eines Trauerfalles in der Familie seiner Frau, in Gruyère bei der Begrüssung anwesend sein.

PräsidialvorbringenPressemitteilung betreffend Darlehen an Oesterreich

Auf Grund der Diskussion wird die Pressemitteilung zusammengesetzt aus den Abs. 1, 2 und 4 des Entwurfes, während aus Abs. 3 ein Kommentar gemacht werden soll, der den Journalisten separat abgegeben werden soll.

Bundesfinanzordnung

Herr Streuli orientiert an Hand der synoptischen Darstellung, die vom Sekretariat der Bundesversammlung und der Druckerei in erstaunlich kurzer Zeit geliefert werden konnte, über die letzten Beschlüsse der nationalrätlichen Kommission und über die Stellungnahme, die das FZD dem Bundesrat beantragt. Es wird beschlossen, das Geschäft am Montag zu behandeln. Herr Streuli übernimmt es, dem Rate eine Zusammenstellung vorzulegen über die Auswirkung der einzelnen Anträge auf die Einnahmen.

Einladung Kanada, 1. Juli

Herr Lepori wird hingehen.

Einladung Thailand, 24. Juni

Vizekanzler Weber wird den Bundesrat vertreten.

Bau- und Holzarbeiterverband. Ordentliche Tagung

Die Einladung wird abgelehnt (s. Beschlussprotokoll).

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 45. Sitzung vom 17. Juni 1957 wird mit einer Streichung im Geschäft "Fluorschäden im Fricktal" genehmigt.